

AB 3 g) Denazifizierung in Ulm - Grundlegendes

Denazifizierung in Ulm und ihre Problematik

Die Demokratisierung Deutschlands hatte für die Amerikaner eine gründliche Denazifizierung zur Voraussetzung. Daher sollten alle institutionellen, personellen und ideellen Überreste des Nationalsozialismus aus dem öffentlichen (und privaten) Leben beseitigt werden. Mitglieder oder NSDAP oder anderer NS-Organisationen wurden aus dem Dienst entlassen, was auch das Funktionieren der Verwaltung erschwerte. Überdies wurde das Verfahren wegen seines Schematismus kritisiert. 1946 wurde die Entnazifizierung deutschen Spruchkammern übertragen. Die Ulmer Spruchkammer tagte im Justizgebäude in der Olgastraße. Auch dieses Verfahren warf erhebliche Probleme auf: Konkretes Belastungsmaterial und aussagewillige Zeugen waren schwer zu finden, was mehrfach Anlass zum Aufruf nach Zeugenaussagen gab. Die Angst vor einer Rückkehr der Nazis an die Macht nach dem Abzug der Alliierten, aber auch eigene NS-Verstrickungen begünstigten milde Urteile. Zudem wurden als politisch unbelastet und vertrauenswürdig geltende Mitbürger, oft Amtsträger wie Bürgermeister, Pfarrer, Ärzte, häufig mit der Bitte um Ausstellung von entlastenden Zeugnissen angegangen. In Ulm stellte ausgerechnet Oberbürgermeister Scholl (Vater der für ihre Widerstandshandlungen 1943 hingerichteten Geschwister Hans und Sophie Scholl) eine Vielzahl solcher als „Persilscheine“ in die Geschichte eingegangenen Zeugnisse aus.

M 1: Niederschrift über die Besprechung des Oberbürgermeisters mit Oberst Harlow vom 28.5.1945

„...Die Nazi-Säuberung bzw. Entfernung von Parteigenossen muß schneller vor sich gehen. Bei den Verwaltungen, Stadt und Landrat, sollen in Büros, wo beispielsweise Ausweise oder sonstige wichtige Dokumente ausgestellt werden, in Zukunft keine ehemaligen Parteigenossen mehr tätig sein. Jedenfalls ist durch Capt. Olsen klarzustellen, wer von solchen Persönlichkeiten auf derartigen Büros noch bleiben kann. Auch bei allen Firmen, die Lieferungen an die amerikanische Armee durchführen dürfen, dürfen keine Geschäftsinhaber oder Geschäftsführer sein, die ehemalige Parteigenossen sind. Hier gibt es nur zwei Möglichkeiten. Entweder muß das Geschäft verkauft oder es muß geschlossen werden. Jedenfalls dürfen keine deutschen Geschäfte oder Firmen mit der amerikanischen Armee in Geschäftsverbindung treten, bei denen die Inhaber oder Geschäftsführer ehemalige Parteigenossen sind...“
(StadtA Ulm, B 160 / 40, Nr. 1)

M 2: Rückschau von Robert Scholl (1945-1948 Oberbürgermeister von Ulm)

Die Stadtverwaltung mußte aus dem Nichts aufgebaut werden. Die meisten städtischen Beamten waren auf Befehl der Militärregierung entlassen worden, sofern sie der NSDAP angehört hatten. Sie mußten ersetzt werden durch Kräfte, die oft über keinerlei Kenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiet der öffentlichen Verwaltung verfügten und die sich nun außerordentlichen Aufgaben gegenübersehen, bei denen selbst erfahrene Verwaltungskräfte nicht leicht taten. Daß bei einem solchen Aufbau von heute auf morgen, unter Umständen, die eine Nachprüfung der Vergangenheit und des Leumund oftmals ausschlossen, auch einmal ein charakterlich minderwertiges und hochstaplerisches Element sich in die Verwaltung einschlich, ist nicht verwunderlich. Der allergrößte Teil der Beamten hat gewissenhaft seine Pflicht getan und muß mit allen Mitteln vor böswilliger und leichtfertiger Verleumdung geschützt werden, die heute offenbar bei vielen zum guten Ton ihrer „demokratischen Gesinnung“ gehört und mit der sie ihr Selbstbewusstsein steigern möchten, nachdem sie zwölf Jahre lang unterwürfig den Mund gehalten haben. Es handelt sich dabei entweder um gewissenlose Lügner oder pflichtvergessene Bürger. Denn wenn diese Behauptungen über angebliche Korruption in der Ulmer Beamtenschaft auf Wahrheit beruhten, so hätten sie die Pflicht, Anzeige zu erstatten und den Beweis für ihre Behauptung anzutreten, um ihren Teil für eine saubere und geordnete Verwaltung beizutragen. Ein grundloses und gedankenloses Geschwätz aber kann dazu führen, dass sich kein anständiger und ehrenhafter Mensch mehr für den öffentlichen Dienst hergibt, wodurch erst recht der Weg für unsaubere Elemente frei wird.
(aus Robert Scholl: Zusammenbruch und Wiedergeburt einer Stadt, Ulm 1948, S.18f.)

Arbeitsanregungen:

Lies den Einleitungsabsatz. Überlege, in welchen öffentlichen bzw. gesellschaftlichen Bereichen eine personelle Denazifizierung besonders vorrangig nötig war. Beschreibe den Unterschied zwischen der Denazifizierung direkt nach Kriegsende und dem Verfahren ab 1946.